

# Lebensgrundlagen adé

## **Erdüberlastungstag in der BRD: Umweltverbände geißeln Bundesregierung für klimapolitischen Rollback. Mehrheit befürwortet gesetzliche Maßnahmen zur Reduktion des Rohstoffverbrauchs**

Von Niki Uhlmann

Es ist kein Grund zum Feiern: Sonntag markierte in der BRD den Erdüberlastungstag. Würden alle Staaten mit der Natur so räuberisch verfahren wie Deutschland, etwa gleichermaßen viel CO<sub>2</sub> ausstoßen, wäre die jährliche Biokapazität der Erde bereits verbraucht. Umgekehrt: 2,8 Erden bräuchte es, wenn alle Menschen lebten wie die Deutschen. Auf klimaschädlichem Pump ist hierzulande fortan jede geflogene Dienstmeile, jedes amtliche Fax und erst recht jedes produzierte Rüstungsgut. Umweltverbände haben den Tag zum Anlass genommen, um die Klimapolitik der Bundesregierung zu bilanzieren. Das Urteil: Rückschritte, so weit das Auge reicht.

Vor allem setze die BRD zuviel fossile Energie ein, mahnte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in einer Pressemitteilung am Donnerstag: »Hauptverursacher sind energieintensive Industriebranchen wie die Chemieindustrie, der Gebäudesektor, der Straßenverkehr sowie die industrielle Tierhaltung.« Die stünden nicht nur »im klaren Widerspruch zu unseren planetaren Grenzen«, sondern verschärften »gleichzeitig unsere Krisenanfälligkeit«. Letztere habe der Krieg gegen den Iran abermals aufgezeigt, kommentierte Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND, und wies sogleich auf die naheliegende Alternative hin: »Mit Strom aus Sonne und Wind, Wärmepumpen und leichten, kleinen und sparsamen E-Autos schaffen wir Unabhängigkeit, Planungssicherheit und Klimaschutz.«

Zum einjährigen Jubiläum der Bundesregierung unter Friedrich Merz (CDU) nahm Bandt schon am vergangenen Dienstag Stellung: »Statt Klima-, Natur- und Gesundheitsschutz konsequent weiterzuentwickeln, setzen Merz und seine Regierung in vielen Bereichen auf den Abbau erreichter Standards.« Gemeint sein dürften damit die [Rückabwicklung des Gebäudeenergiegesetzes](#), die [Wiedereinführung der Agrardieselsubventionen](#) und die Zweckentfremdung des Klima- und Transformationsfonds, um nur einige Beispiele zu nennen. Die BRD müsse statt dessen einen »ökologischen Modernisierungskurs« einschlagen, so Bandt. Der BUND schlägt gegenwärtig einige »konkrete Sofortmaßnahmen« vor, darunter ein Tempolimit sowie sozialökologische Förderprogramme für klimafreundliches Wohnen und Heizen, und mit dem Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie der E-Mobilität zwei Evergreens.

»Naturschutz ist Standortfaktor und Sicherheitsfrage«, betitelte der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) vergangene Woche seine Pressemitteilung. Dort geht man offenbar davon aus, dass die Bundesregierung nur zuhört, wenn man Anliegen im Jargon des Militarismus vorträgt. So argumentiert Nabu-Präsident Jörg-Andreas Krüger für Klimaschutz mit der »strategischen Unabhängigkeit Europas« durch »sichere Wasserverfügbarkeit« oder gestärkter »Resilienz gegen Klimafolgen, Lieferkettenrisiken und steigende Kosten durch Naturzerstörung« mittels Investitionen in »gesunde Ökosysteme«. Das mag stimmen, übergeht aber geflissentlich den Umstand, dass Militarisierung und Klimaschutz aller verbalen Akrobatik zum Trotz nicht vereinbar sind. Ganze 5,5 Prozent aller globalen Emissionen entfallen [laut einer Hochrechnung der Organisation Scientists for Global Responsibility](#) auf die Armeen dieser Welt – in Friedenszeiten.

»Bisher hat keine Bundesregierung ein Klimaschutzprogramm vorgelegt, das die planetaren Grenzen beachtet«, bescheinigte Fabian Fahl, klimapolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag, den hiesigen Herrschenden am Sonnabend per Pressemitteilung etwas deutlicher ein »zweifelhaftes Verhältnis zur physikalischen Realität«. Die beschlossenen Maßnahmen »könnten ausreichen«, um die verfassungsrechtlich verankerten Klimaziele zu erreichen, habe die Regierung Merz auf eine Kleine Anfrage der Partei hin behauptet, dabei die Warnungen zahlreicher Wissenschaftler als Unterstellungen verunglimpft, dann aber eingestanden, »nicht mit den aktuellsten Daten zu arbeiten«. Derlei Populismus »bedeutet, die Bewohnbarkeit des Planeten zu riskieren«, so Fahl.

Mit ein paar weitverbreiteten Mythen zum Klimaschutz in der BRD und seiner Bedeutung für den Globus räumte vergangene Woche der WWF auf. Die Behauptung, Deutschland könne am Klimakollaps ohnehin nichts ändern, sei angesichts seines Anteils an den globalen Emissionen von zwei Prozent zurückzuweisen. Zumal der Pro-Kopf-Verbrauch »deutlich über dem weltweiten Durchschnitt« liege und maßgebende Teile der Umweltbelastung »indirekt im Ausland, etwa durch Produktion und Rohstoffabbau für unseren Konsum«, anfielen. Tatsächlich seien in der BRD 2024 rund 48 Prozent weniger Emissionen ausgestoßen worden als 1990. Eine Reduktion ist also möglich. Nur reiche das noch nicht aus: Studien zeigten ferner, dass der Ressourcenverbrauch abermals halbiert werden und ein Mensch in Deutschland statt mit 16 Tonnen Primärrohstoffen pro Jahr mit nur sechs bis acht auskommen könnte.

»58 Prozent der Bevölkerung unterstützen gesetzliche Maßnahmen zur Reduktion des Rohstoffverbrauchs«, teilte der WWF Ende März mit. Im Klartext: Auch mit ihrer Klimapolitik arbeiten Merz und Konsorten einerseits daran, die Lebensgrundlagen zunichtezumachen – bislang ohne erkennbaren ökonomischen Nutzen –, und andererseits daran, das Wahlvolk gegen sich aufzubringen – bislang ohne erkennbaren Widerstand.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522353.klimakollaps-lebensgrundlagen-ade.html>